Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 164 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Dienstag, den 15. Juli 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Termin für die Nachwahl zum Reichstag im Wahlkreise Oppeln ist auf den 21. September verlegt worden.

* Londoner Meldungen zufolge ist in Bolivia ein Aufstand ausgebrochen.

* Der französische Senat hat der Regierung Herriot mit 231 gegen 17 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

* Im Auswärtigen Ausschuß des polnischen Sejm wurde das deutsch-polnische Abkommen über die oberschlesischen Eisenbahnen ratifiziert.

* Der japanische Botschafter in Washington, Hanahara, ist, weil er die Ausschließung der Japaner von der Einwanderung nach Nordamerika nicht verhindern konnte, von seinem Posten abberufen worden.

Die Insel im slavischen Meer.

Die einzige Kolonie, die uns noch blieb, ist — Ostpreußen. Jetzt, da sich zum viertenmal der Tag des 11. Juli gejährt hat, der Tag der Abstimmung, die ein irrsinniger Vertrag über die Südwestecke Ostpreußens verhängte, denkt man mit stolzer, aber nicht wehmutfreier Freude an jene Tage zurück, die uns das urdeutsche Gebiet wiederschenkten. Und zur Feier dieses Tages hatte sich eine Reihe von Männern nach Berlin zum Reichskanzler begeben, nicht um des damaligen Sieges zu gedenken, sondern um das Mutterland zu mahnen, nicht etwa auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern „den Helm fester zu binden". Denn Kämpfer zu sein für den Boden seiner Heimat, es immer zu bleiben, ist deutsches Schicksal.

Deutsches Schicksal besonders im Osten. Die unmöglichen staatlichen Verhältnisse, die vom Versailler Vertrag geschaffen wurden, haben unzählige Reibungsflächen geschaffen, aber das unmöglichste ist der polnische Korridor, der doch nur eine Sackgasse ist, weil den Polen durch Danzig der Zugang zum „slavischen Meer", wie ein polnischer Ministerpräsident die Ostsee überaus falsch bezeichnete, praktisch tatsächlich verstopft wird. Aber rings von der slawischen Flut ist Ostpreußen umspült, — was Wunder, daß sich die hasenhungrigen Augen der Polen auf Königsberg richten. Um einen „Rechts"anspruch ist Polen ja nie verlegen gewesen ... Daß das alte Deutschordensgebiet bis zum zweiten Thorner Frieden nie polnisch war, sondern einfach von Polen erobert wurde, ist gleichgültig: daß man dem Großen Kurfürsten gegenüber auf jede Oberherrschaft verzichtete, davon redet man nicht mehr. Daß es überhaupt deutsches Land geworden war und ist bis hinein in das letzte Haus der Städte und jeden Bauernhof, soll nicht gelten. Sondern nur, daß dieses Land zweihundert Jahre der Krone Polens zugehörte. Und ganz systematisch wird im Kreise Allenstein, wo das gemeinsame Religionsbekenntnis mannigfache Anknüpfungspunkte gibt, fröhlich weitergewühlt, will man aber auch den evangelischen Masuren in aller Stille einflößen, sie seien eigentlich — Polen.

Gott sei Dank sitzt dort in Ostpreußen ein hartes Geschlecht, das in grimmer Entschlossenheit um sein Dasein als Teil des Deutschen Reiches ringt. Aus dieser Wiege Preußens sind die Schärfe und Energie des kampffrohen Preußentums am stärksten und kräftigsten gewachsen. Aber sie dürfen nicht allein stehen, dürfen nicht das Gefühl haben, eine „Kolonie" zu sein. Dürfen nicht deswegen ganz vergessen werden, weil der heftigere Kampf des Deutschtums jetzt an der Westgrenze entbrannt ist. Dort ist immer festester Zusammenhang mit dem Rest Deutschlands, aber mit der wichtigste Stützpfeiler dieses Deutschtums ist Ostpreußen. Die Grundsteine, auf denen er ruht, sind gekittet durch Ströme deutschen Blutes und deutschen Schweißes, sind gelegt worden durch Deutsche aus allen deutschen Gauen von Flandern bis nach Österreich, von der Etsch bis an den Belt. Auch an diese, die man uns ohne Abstimmung gegen ihren ausdrücklichen Willen von Großdeutschland abriß, erinnerte der Kanzler in seiner Erwiderung auf die Ansprache, die der Vorsitzende des ostdeutschen Heimatdienstes, Dr. Marks (Allenstein), an ihn richtete. Das ist die Wehmut, die beim Gedenken an den Abstimmungssieg die reine, stolze Freude dämpft.

Tage der Einigkeit, der in Deutschland, ach, so seltenen Einigkeit, waren die Abstimmungen im Kreis Allenstein und zwei Jahre später in Oberschlesien. Da dachte jeder nur daran, daß er ein Deutscher war. Einsame Leuchttürme waren diese Tage im wüsttobenden Meer deutscher Uneinigkeit, als einmal der Deutschnationale neben dem Sozialdemokraten Schulter an Schulter stand. Fast ist das vergessen, und die ernste Mahnung des Reichskanzlers, an der Lehre dieser Tage nicht achtlos vorübergehen, war überaus notwendig. Vielleicht wird ein neuer, gleicher Tag wieder einmal kommen. In einer Rundfunkrede erinnerte der preußische Innenminister Severing an das Wort, das der polnische Staatspräsident bei Eröffnung der Posener Messe am 28. April d. J. sprach, an das bezeichnende Wort: „Wir Polen haben zwar viel errungen, was uns gehört, aber noch nicht alles, noch nicht alle polnischen Gebiete. Noch sind nicht alle Länderstücke, die zu unserer vollen Existenz notwendig sind, mit dem Mutterland vereint." Das geht auf Danzig, vor allem aber auf Ostpreußen. Noch an eine andere Äußerung des polnischen Staatspräsidenten erinnert Severing, daß nämlich die polnische Finanzaktion dazu dienen müsse, die polnische Armee auf einen besseren Stand zu bringen. Man weiß, gegen wen sich das richtet, ist man doch nicht umsonst Frankreichs Bundesgenosse!

Doch nicht nur zu erwarten haben wir von Ostpreußen: wir haben im Restreich auch Pflichten gegen unsere „Kolonie". Größere und ernstere Pflichten gerade darum, weil sie rings vom Feind umgeben ist. Es ist aus Kurzsichtigkeit und namentlich aus fiskalischer Engherzigkeit leider oft gegen die wirtschaftlichen Interessen Ostpreußens gesündigt worden, auch parteipolitische Rücksichtslosigkeit hat manche Kränkung verursacht. Man soll es also nicht bei schönen Worten belassen, nicht das schon berüchtigt gewordene „Treue um Treue!" wieder einmal herausschmettern, sondern handeln.

Denn mit Ostpreußen retten wir das Deutschtum!

Die große Anleihe gefährdet?

Die Bankiers an Macdonald.

London, 13. Juli.

Ein angesehenes Londoner Blatt bringt heute eine Meldung, die, wenn sie richtig wäre, zu großen Befürchtungen Anlaß geben könnte. Die Meldung besagt, daß die in Betracht kommenden englischen Finanzkreise bereits vor einigen Tagen Macdonald haben wissen lassen,

daß die City (die Bankwelt) weder bereit noch in der Lage wäre, ihren Anteil an der 40-Millionen-Pfund-Anleihe für Deutschland nach dem Dawes-Bericht aufzubringen, wenn Frankreich streng an dem Standpunkt festhalten würde, der in der englisch-französischen Note vom vorigen Mittwoch niedergelegt wurde.

Weiter sollen die Bankiers erklärt haben, daß die englische Finanzwelt nicht bereit sei, ein Übereinkommen über die Anwendung des Dawes-Berichtes oder eine Regelung zu unterstützen, die versuche, in den besetzten Gebieten Kontrollen und Garantien aufrechtzuerhalten, welche über die Sicherheiten ihnausgehen, die im Dawes-Bericht selbst vorgesehen werden. Der englische Zeichner der Anleihe dürfte eine bestimmte Garantie verlangen, daß in Zukunft Sanktionen eines unwirtschaftlichen Charakters nicht leichthin wieder eingeführt werden können, und daß in bezug auf Sanktionen keine Sonderaktion einzelner Mächte erfolgen könne.

Amerika geht nicht in die Repko.

Halbamtliche Kundgebung.

Was man von vornherein annehmen konnte, daß nämlich Amerika nicht in die Reparationskommission eintreten werde, wird jetzt aus Washington halbamtlich bestätigt. Im Staatsdepartement wurde erklärt, „Staatssekretär Hughes wird die Durchführung des Dawes-Berichts moralisch unterstützen, jedoch keine darüber hinausgehenden Schritte unternehmen. Das in den Friedensvertrag mit Deutschland vom Senat eingefügte Amendement hindert Amerika, ohne ausdrückliche Billigung des Kongresses einen offiziellen Vertreter zu bestellen oder offizelle Schritte zu tun, die in Verbindung mit der Reparationskommission stehen. Da der Konarek gegenwärtig nicht tagt und erst Anfang Dezember wieder zusammentritt, sind die Hände der Vereinigten Staaten gebunden, soweit Schritte, welche die Reparationskommission betreffen, in Frage kommen."

Der Streit um Deutschlands Beteiligung.

Paris, 12. Juli.

Herriot hat sein Vertrauensvotum im Senat weg, mit der großen Mehrheit von 239 gegen 17 Stimmen ist es ihm ausgesprochen, und sogar Poincaré und die Seinen haben dafür gestimmt. Er hat es erreicht, indem er als Verständigungskünstler ein Kompromiß mit sich selbst geschlossen hat. Sehr richtig schreibt ein hiesiges Blatt, der Ministerpräsident hätte die Wahl gehabt, entweder mit der Politik Poincarés glatt zu brechen oder eine Versöhnung seiner eigenen Auffassung mit der seines Vorgängers zu suchen. Er sei den zweiten Weg gegangen, und sein Senatssieg beweise, daß er recht daran getan habe. Aber recht hatte er nur, sofern es sich darum handelte, seine Stellung als Ministerpräsident zu behaupten, nicht sofern es darauf ankommt, eine als gut erkannte Politik durchzusetzen.

Es liegt auf der Hand, daß ein leitender Staatsmann nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann, aber Herriot, der gewiß von den besten Absichten erfüllt ist, scheint doch gar zu sehr von der Furcht beherrscht zu sein, sich zu stoßen. So hat er sich auch in der außerordentlich wichtigen, vielleicht entscheidenden Frage der Beteiligung Deutschlands an der Londoner Konferenz mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. In seiner Senatsrede hebt Herriot sehr zutreffend hervor: **Der Sachverständigenbericht verlangt auch mit klaren Worten die Zusammenarbeit der Alliierten mit Deutschland.** In der Praxis aber hat er nicht die Festigkeit, daraus den richtigen Schluß zu ziehen. Da vertritt er vielmehr den — innerlich von ihm selbst gar nicht geteilten — Standpunkt, daß **Deutschland nicht zu den Londoner Beratungen zuzuziehen sei, sondern nur gerufen werden solle, um eine Mitteilung darüber zu hören.** Mit anderen Worten: es soll nicht mit Deutschland zusammengearbeitet, sondern ihm wieder diktiert werden, was es zu tun hat. Dabei kann für den von Herriot so sehnlich gewünschten Weltfrieden nichts herauskommen und es dürfte schwerlich die Politik sein, um derentwillen das französische Volk bei den letzten Wahlen die Mehrheit Poincarés zum Teufel gejagt hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsche Reichsbahn im Juni.

Über die Verkehrslage der deutschen Reichsbahn wird halbamtlich mitgeteilt: Die durch die anhaltende Kapital- und Kreditnot bedrängte Lage des Wirtschaftslebens wirkte auch im Monat Juni verschlechternd auf die Verkehrslage. Die täglichen Zugleistungen der Eisenbahn gingen dementsprechend zurück. Obwohl nach Beendigung der Arbeiterausstände in den Kohlengebieten wieder ein höherer Bedarf an offenen Wagen auftrat, waren die Anforderungen an den Wagenpark nach den vorläufigen Feststellungen im ganzen geringer als im Vormonat. Der Bedarf wurde voll gedeckt und der Verkehr ohne Schwierigkeiten bewältigt. Der Übergangsverkehr mit der Regie wickelte sich ohne Schwierigkeiten ab. Der Verkehr in den Steinkohlenbezirken hat sich nach Streikbeendigung wieder gehoben. In den Braunkohlengebieten ist er zurückgegangen, was sich aus der allgemein geringeren Nachfrage nach Kohlen im Juni erklärt.

Die Notwendigkeit der Agrarzölle.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages führte bei der Beratung des Etats der Landwirtschaftsverwaltung der Minister Dr. Wendorff die Klagen in der Landwirtschaft auf den Versailler Vertrag und auf den Ruhreinbruch zurück. Eine Erhaltung der Rentenbank sei unmöglich, da die Alliierten neuerdings ausdrücklich ihr Verschwinden innerhalb von drei Jahren gefordert hätten. Die gewaltige Steigerung der Einfuhr von Mehl und Gefrierfleisch beweise die Notwendigkeit für die Schaffung von Schutzzöllen.

Tarifermäßigung für das besetzte Gebiet.

Die Ermäßigung der Ruhrkohlenpreise um 20 % hat es dem Reichsverkehrsminister ermöglicht, zur Erleichterung der bedrängten Lage des besetzten Gebietes und in der Hauptsache des Bergbaues eine Tarifermäßigung im Verkehr mit den besetzten Gebieten einzuführen, die in ihrer Auswirkung jedoch der Allgemeinheit zugute kommt. Im Wechselverkehr zwischen Regie und unbesetztem Reichsbahngebiet sowie zwischen Regie und Kölner Zone wird mit Geltung vom 16. Juli ab bei den Gütern der Klassen E und F sowie bei Kohlen — auch, soweit diese Güter zu Ausnahmetarifen gefahren werden — die deutsche Reichsbahnfracht um die Hälfte der eingerechneten Abfertigungsgebühr gekürzt. Im Verkehr zwischen Regiestationen im Durchgang durch die Kölner Zone wird die volle eingerechnete Abfertigungsgebühr aufgelassen.

Dienstentlassung Poehners.

Die Disziplinarkammer für richterliche Beamte in München hat in dem Disziplinarverfahren gegen den Rat am Obersten bayerischen Landesgericht in München, Polizeipräsidenten a. D. Dr. Ernst Poehner, die Entscheidung gefällt. Sie lautet auf Dienstentlassung. Das Urteil sieht eine schwere Verletzung der Amtspflichten darin, daß Dr. Poehner die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten unterstützt und das ihm von Hitler angebotene Amt eines bayerischen Ministerpräsidenten angenommen hat. — Strafgerichtlich ist Poehner, wie man sich erinnert, bereits zu 5 Jahren Festung verurteilt worden, und der bayerische Landtag hat dieser Tage seine Genehmigung zur Strafvollstreckung erteilt.

Großbritannien.

× **Austausch Gibraltars gegen marokkanisches Gebiet.** Meldungen aus Spanien besagen, daß General Primo de Rivera der englischen Regierung den Austausch Gibraltars gegen einen Teil der spanischen Besitzungen in Marokko vorgeschlagen habe, und daß die englische Regierung nicht abgeneigt sei, auf diesen Tausch einzugehen. Spanien würde dadurch seine schweren Sorgen in Marokko loswerden und den nun bereits Jahre hindurch andauernden Kampf mit den Rifennos aufgeben dürfen, der dem Lande so viel Blut und Menschenleben gekostet hat. Gleichzeitig würde es durch den Besitz von Gibraltar den Nagel im spanischen Fleische — wie Gibraltar von den spanischen Patrioten genannt wird — verlieren. Wenn es anderseits England gelingt, die Kabylen in Botmäßigkeit zu bringen, so würde es einen ausgezeichneten Tausch machen, da die spanischen Gebiete in Marokko sehr reich sind.

Brasilien.

× **Der Aufstand in Sao Paulo.** Immer, wenn in einer der südamerikanischen Republiken oder auch in Mexiko ein Aufstand ausbricht, behaupten beide Parteien tagtäglich, Sieger zu sein, bis eine so viel Blut verloren hat, daß sie nicht mehr weiter kann. Diese Komödie wird jetzt auch in Brasilien aufgeführt. Als die erste Nachricht von der Militärrevolte in Sao Paulo bekannt wurde, beeilte man sich in Rio de Janeiro, zu erklären, es handle sich um einen belanglosen gegen die französische Militärmission gerichteten Putsch. Der sollte auch am nächsten Tage schon niedergeschlagen sein, die Ordnung war, wie es hieß, wieder hergestellt. Aber Lügen haben kurze Beine. Die angeblich niedergeschlagenen Revolutionäre drahteten in die Welt, daß sie die Oberhand hätten. Dann unterdrückte die Regierung wieder den angeblich längst unterdrückten Aufstand, während die Gegenseite sich den Anschein gab, als ob sich in ganz Brasilien ein völliger Umsturz vollzogen habe. Was wahr ist, läßt sich im Augenblick nicht klar erkennen, es scheint aber, als ob die Revolutionäre in Sao Paulo tatsächlich das Heft in der Hand haben.

Aus In- und Ausland.

Weimar. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leber hat sein Amt als Vizepräsident des Thüringischen Landtags niedergelegt, weil die Mehrheit für die Aufhebung der Immunität Hermanns gestimmt hat.

— **London.** Im Unterhause fand eine fast vierstündige Zusammenkunft von Mitgliedern der Regierung mit den Oberkommissaren der Dominions zur Erörterung von Fragen statt, die mit der bevorstehenden interalliierten Konferenz zusammenhängen.

Rom. Die Vereidigung der nationalistischen Miliz auf den König ist auf den 20. d. M. angesetzt. Der Pressechef Rossi und der Faszistenführer Marinelli, die beide in die Mordangelegenheit verwickelt sind, wurden von der Nationalmiliz aus ihren Listen gestrichen.

Kairo. Zaglul Pascha ist bei seiner Abreise nach Alexandria auf der Eisenbahnstation durch einen Revolverschuß in die Brust leicht verwundet worden. Der Täter wurde verhaftet.

Kundgebung der Reichsregierung.

Dr. Marx über die Pariser Besprechungen.

Berlin, 13. Juli.

Reichskanzler Dr. Marx wohnte gestern abend einem Empfang der deutschen Presse bei, der im Hause der Presse-Abteilung der Reichsregierung stattfand, und an dem alle in Berlin anwesenden Reichsminister, Staatssekretäre, Preußischen Minister und die Vertreter der Länder teilnahmen. Der Abend gab dem Reichskanzler Gelegenheit zu einer großen politischen Rede über alle schwebenden Fragen der äußeren und der inneren Politik. Der Kanzler sprach zunächst über so manche Enttäuschung, die im deutschen Volk im Hinblick auf die Londoner Konferenz besteht und nahm dann Stellung zum Gutachten der Sachverständigen. Die Reichsregierung, sagte er, sei sich vom ersten Tage an klar darüber gewesen, daß die Durchführung des Gutachtens nur wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Ära ehrlicher Verständigung in wirtschaftlicher und in politischer Hinsicht einsetzen würde. Sie habe ohne Zeitversäumnis die zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Vorarbeiten gefördert, und zwar im Geiste offener, ehrlicher Verständigung, weil sie geglaubt hatte, daß die bevorstehende Londoner Konferenz von einer andern Art sein würde, als die bisherigen Konferenzen, zu denen Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder geschleppt wurde, mit dem Ergebnis, daß seine Lage stets schlechter und trostloser wurde. Man könne zwar über die Konferenz nicht schon jetzt ein Urteil fällen, aber es müsse festgestellt werden, daß durch die Pariser Abmachungen manche der auf die Konferenz gesetzten Hoffnungen ernstlich bedroht scheinen, und daß uns von siegreichen Machthabern unser Schicksal wie in den Julitagen des Jahres 1919 wieder diktiert wird.

„Wir wollen," so fuhr der Kanzler fort, „wieder vertragsmäßige Zustände, wir wollen wieder, daß der Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren ehemaligen Gegnern in ehrlicher Verständigung und zu beiderseitigem Nutzen auseinandersetzen können. Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Wenn Frankreich jetzt die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages so stark betont, so dürfen wir wohl gerade bei Frankreich auch Verständnis dafür erwarten, daß wir die wenigen Rechte, die wir aus diesem Vertrage herleiten können, gewahrt wissen wollen."

Dr. Marx wies dann darauf hin, daß die deutsche Regierung an die Durchführung des Gutachtens nur die eine Bedingung knüpfe, daß es von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste gemäß aufrichtig angenommen und durchgeführt werde. Natürlich stehe über der Regierung der Reichstag, von dem er hoffe, daß er in Erkenntnis der ungeheuren wirtschaftlichen Notlage unseres Landes die Regierung in ihrem Bestreben, das Sachverständigengutachten durchzuführen, unterstützen werde. Nachdem der Kanzler dann noch erklärt hatte, daß die Regierung dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund weder ablehnend noch hindernd gegenüberstehe, kam er auf die

Schutzzollvorlage

zu sprechen. Man mache der Regierung den Vorwurf, daß sie diese Vorlage eingebracht habe, aber es gelte, die deutsche Landwirtschaft vor dem Untergang zu bewahren. Es handle sich hier um eine volkswirtschaftliche Frage allerersten Ranges, an der das deutsche Volk das allerdringlichste Interesse besitze.

„Wenn der Weg," so sagte Dr. Marx, „den die Regierung zum Schutze und zur Rettung der Landwirtschaft einzuschlagen beantragt, nicht richtig oder gut ist, so haben die durch die Verfassung berufenen Stellen, Reichsrat, Reichstag und Reichswirtschaftsrat und darüber hinaus die ganze öffentliche Meinung, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, andere und bessere Wege zu weisen. Im übrigen sollte man nicht übersehen, daß die Regierung gleichzeitig mit den Schutzzöllen auch eine Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 % beabsichtigt.

Unter lebhaftem Beifall schloß der Kanzler mit einem warmen Appell an das ganze Volk, in diesen Tagen der folgenschweren Entscheidungen den inneren Kampf einzustellen und nach außen hin eine nationale Disziplin und Geschlossenheit an den Tag zu legen.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

„Volle Übereinstimmung."

In Prag sind die Außenminister von Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei zu einer Konferenz zusammengetreten, über deren Verlauf eine amtliche Mitteilung veröffentlicht wird. Darin wird gesagt: Wie bei den vorangegangenen Konferenzen besprachen die Minister die allgemeinen Fragen der auswärtigen Politik, welche ihre Länder interessieren, und stellten wiederum die volle Übereinstimmung der Interessen und Ansichten fest. Die Kleine Entente, die von Anfang an ein Interesse daran hatte, daß die Einigkeit zwischen den großen Alliierten erhalten bliebe, konstatierte mit besonderer Befriedigung, daß man sich ständig mehr einem Einvernehmen nähert, das eine definitive Regelung der Reparationsfrage zum Ziele hat. Im Laufe der Diskussion stellten die Minister außerdem fest, daß verschiedene Zwischenfälle der letzten Zeit keinen Einfluß auf die engen und loyalen Beziehungen haben konnten, die vom ersten Augenblick an zwischen allen drei Staaten bestanden. Deshalb sind das Königreich Rumänien, das Königreich Jugoslawien und Tschechoslowakische Republik fester denn je durch gemeinsame Lebensinteressen miteinander verbunden. — Um zu erkennen, wie es in Wahrheit mit der vollen Übereinstimmung bestellt ist, braucht man sich nur daran zu erinnern, daß über die Zugehörigkeit Beßarabiens zu Rumänien zwischen den drei Staaten Meinungsverschiedenheiten herrschen, die die Konferenz beinahe vereitelt hätten.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Hohe Kartoffelpreise. — Billigere Bekleidung.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 9. Juli, auf das 1,19billionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung von 1,7 % gegenüber der Vorwoche (1,17 Billionen) ist in der Hauptsache auf die stärkere Berücksichtigung der Preise für Kartoffeln neuer Ernte zurückzuführen; bei einem Teil der übrigen in die Berechnung einbezogenen Lebensbedürfnisse, so namentlich bei der Bekleidung, sind weitere Preisrückgänge zu verzeichnen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 14. Juli 1924.

□ Das Eisenbahnnotgeld ist noch gültig. Verschiedentlich werden die noch häufig im Umlauf befindlichen Ein- und Zwei-Dollarscheine der deutschen Reichsbahn in den Geschäften zurückgewiesen, da sie „nicht mehr gültig" seien. Einwände dieser Art sind hinfällig; die genannten Scheine wurden bisher nicht aufgerufen, sind also rechtmäßiges Zahlungsmittel und müssen überall abgenommen werden.

□ **Reichssteuerverteilung an die preußischen Gemeinden.** Der Reichsminister des Innern gibt folgenden Schlüssel für die Verteilung der zuständigen Reichssteueranteile an die Gemeinden usw. im Juli bekannt: a) Einkommensteuer: auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 1,5, für die Landkreise 0,2, für die Provinzen 0,1 Goldpfennig; b) Dotationen: Gesamtbetrag 900 000 Goldmark. Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahlen vermag jede Gemeinde sich den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

□ **Für Herabsetzung der Güterfrachten.** Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat beim Reichsverkehrsministerium einen Antrag eingereicht, in dem die Herabsetzung der Güterfrachten auf ein dem durchschnittlichen Preisabbau entsprechendes Maß gefordert wird.

= **Halver,** 14. Juli. Liturgie und Predigt im gestrigen Gottesdienst hielt Herr stud. theol. Hermann Hevendehl zu Wöste bei Halver, z. Zt. in Münster i. W. Den Besuchern des Gottesdienstes war es eine unerwartete Freude, einen Sohn der Heimat im heimatlichen Gotteshause zum ersten Male das Evangelium verkündigen zu hören. Liturgie und Lieder standen mit dem Text und den Gedanken der Predigt in harmonischem Einklang. Der Predigt lag als Text Matth. 10, 16—25 zugrunde. Sie handelte von dem Dienst der Jünger Jesu und zeigte in warmherzigen und tiefen Gedanken, daß dieser Dienst das Aufgeben des eigenen Lebens und den Empfang eines neuen Lebens bedeutet. Die Glieder der Gemeinde Halver, die im Verzeichnis ihrer Pfarrer auch einen Vikar Gottschalk Heventheil † 1646, aus dem Kirchspiel Halver gebürtig, aufführt, waren dem jungen Prediger aufmerksame und dankbare Hörer. Sie begleiten seinen weiteren Entwicklungsgang mit herzlichen Segenswünschen.

Schalksmühle, 14. Juli. Im Gemeindehause zu Clagebach trat unter Vorsitz des Amtmanns von Lüdenscheid die Gemeindevertretung von Hülscheid am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen. Die umfangreiche Tagesordnung wurde wie folgt abgewickelt: Auf Grund der neuen Wahlbestimmungen wurde die Wahl des Gemeindevorstehers wiederholt. Auch aus diesem zweiten Wahlgange gingen die bereits gewählten Herren Heusinkveld-Clagebach als Gemeindevorsteher und Fischer-Holthausen als Stellvertreter hervor. Die Neuwahl der Bauerschaftsvorsteher hatte folgendes Ergebnis: Winkler-Bauerschaft: Ernst Dahlhausen-Bracke; Midler-Bauerschaft: Karl Neuhaus-Kamp und Hermann Trimpop-Horst; Westerbauerschaft: Albert Fischer-Dahlhausen. Als Stellvertreter wurden gewählt die Herren Ernst Fischer-Albringhausen, August Seuster-Everinghausen und August Fischer-Holthausen. Die Obliegenheiten der Wohnungskommission wollen die Gemeindevertreter selbst wahrnehmen, weshalb von der Wahl eines besonderen Ausschusses abgesehen wurde. Die Dienstunkosten des Gemeindevorstehers wurden neu festgesetzt. Der Gemeindevertreter Berker-Oelmühle soll neben dem Gemeindevorsteher als Mitglied des Gesamtschulverbandes Rummenohl fungieren. Mit den auf Grund der Reichsratsbestimmungen vorgesehenen Aenderungen der Vergnügungssteuerordnung erklärte sich Vertretung einverstanden. Das Fremdenschulgeld für die Ortsschulkinder Dahlerbrück wurde vom Beginn des laufenden Rechnungsjahres auf 50 Mark pro Jahr und Kind festgesetzt. Die Kosten für eine notwendige bauliche Erweiterung am Schulgebäude in Dahlerbrück wie auch für den Einbau einer zweiten Arrestzelle für das Landjägerwohnhaus in Flaßkamp wurden bewilligt. Das Spritzenhaus in Dahlerbrück soll ebenfalls auf Gemeindekosten mit elektrischer Lichtleitung versehen werden. Die Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken sollen zunächst einer Prüfung unterzogen werden. Es ist insbesondere zu prüfen, ob die Gelder der ersten Hypothek sichergestellt und die Durchführung der Bauvorhaben in jeder Beziehung gewährleistet ist. Für die Verhandlungen in der Rektoratschulfrage Schalksmühle wurde ein Ausschuß bestimmt. Ein Beihilfeantrag des Kaninchenzuchtverbandes in Schalksmühle mußte abgelehnt werden, da der Gemeinde Mittel für den beantragten Zweck nicht zur Verfügung stehen. Anträge auf Niederschlagung von Steuern und Gebühren fanden einstweilige Erledigung. Ebenso wurde eine Reihe Vorlagen in Armen- und Wohlfahrtsangelegenheiten verabschiedet.

× **Schalksmühle,** 14. Juli. Am Samstagmorgen als die Arbeiter zur Fabrik gingen, bemerkten sie in dem neuangelegten Turbinenwerke der Firma C. A. Winkhaus eine Person, die sich dort erhängt hatte. Der sofort benachrichtigte Wachtmeister stellte an Hand der vorgefundenen Papiere seine Personalien fest und ließ ihn nach Einsargung in die Leichenhalle bringen. Es handelt sich hier um einen Reisenden aus Herne. Aus seinem Abschiedsbrief war es ersichtlich, daß er aus Verzweiflung und bitterer Not, da er vollständig mittellos dastand und seine Familie, bestehend aus Frau und 4 unmündigen Kindern, nicht mehr ernähren konnte, Hand an sich selbst gelegt habe.

+ **Kierspe,** 14. Juli. Am Donnerstag dieser Woche findet hier ein Sprechtag des Finanzamtes statt und zwar vormittags von 8–12 Uhr im Amtshause sowie nachmittags von 2–5 Uhr im Hotel Cramer Kierspe-Bahnhof. Sämtliche Steuer-Angelegenheiten können zur Besprechung kommen und empfiehlt es sich, von dem Termin Gebrauch zu machen.

+ **Marienheide,** 14. Juli. Am Sonntag vormittag ertrank beim Baden in der Lingese Sperre Eugen

---

Großkaufmann Selstermann.

Roman von Wilhelm Herbert.

51) Nachdruck verboten.

Eben, als Gretchen vorüberging, öffnete sich das Tor. Ein großer plumper Wagen rumpelte heraus, der zum Transport der Gefangenen bestimmt war. Neben ihm schlüpfte ein Mann mit einer Aktenmappe durch, in dem Gretchen Dr. Weiß erkannte.

Auch er sah sie, sobald er auf die Straße trat.

„Sie — hier?" fragte er erstaunt und freudig überrascht.

Ich komme auf einem Umweg von Lore!"

„Nun, wie geht es?"

„Sie selbst ist ruhiger und besser, aber ihre Singstimme hat keine Kraft mehr!"

„Was? Schon singen? Das ist wohl zu früh. Das wird wiederkommen, Fräulein Gretchen!"

„Ich werde jedenfalls mit Hofrat Stöcker sprechen und wenn er es für zweifelhaft hält, Lore zu einem Facharzt führen!"

„Wie Sie ihr treu zur Seite stehen, Fräulein Gretchen, in allem. Ein guter Mensch sind Sie."

„Ein viel zu schwacher, saumseliger und unschlüssiger, Herr Doktor. Sonst würde ich das Uebel mit schonungsloser Hand an der Wurzel fassen."

„Noch immer diese schweren, harten Gedanken."

„Mehr als je. Doch lassen wir das vorerst. Für uns ist das kein Gespräch zurzeit. Sagen Sie mir lieber, wenn ich es hören darf, wie Sie Ihren Schützling getroffen haben, was er für einen Eindruck macht und was Sie für seine Verteidigung hoffen? Es interessiert mich sehr!"

„Ich habe einen ganz merkwürdigen Menschen kennen gelernt, Fräulein Gretchen. Einen Bärenkerl von außergewöhnlicher Größe und Kraft. Dazu eine auffallend hochklingende Stimme, das Auge eines Kindes und das Gemüt eines schwächlichen Weibes. Ganz willenlos, wie wenn der Ausbruch seiner rohen Naturkraft das erste und letzte an Energie aus ihm herausgeholt und alles in ihm erschöpft hätte. Er heult und weint, verweigert erst die Nahrung und jammert um den Erschlagenen, wie wenn dem ein anderer ein Leid angetan und damit ihm selbst seine ganze Stütze und Lebensfreude genommen hätte."

„Und wie erklärt er die Tat?"

„Die erklärt er gar nicht. Wenn man darauf zu sprechen kommt, dann starrt er vor sich hin und spricht nur einzelne abgebrochene Worte. „Ich habe geschlafen," sagte er. „Wach wäre es nicht geschehen!" Und wenn ich ihm gesagt habe, daß er so nicht durchkomme, daß er verurteilt werde und daß es sich um eine sehr schwere Verurteilung handeln könne, dann sah er mich verständnislos an und murmelte: „Aber wie können sie mir denn noch was tun dafür, wo ich doch selber am allerschwersten gestraft bin — ich habe ja meinen Karl nimmer!"

„Und was denken Sie selbst bei dieser Sachlage zu tun?"

„Ich bin mir mehr im Zweifel als je. Das Nächstliegende wäre ja jetzt, den Psychiater anzurufen und an eine krankhafte Störung hier wie dort zu denken. Aber es widerstrebt mir aufrichtig gestanden, diesen Menschen, der sein ganzes Dasein bis auf die unsinnige Unterordnung unter den brutalen Lebenstrieb des andern vernünftig und arbeitsam zugebracht hat, nun auf einmal bei dem schweren Konflikt, in den er geraten ist, als einen Geisteskranken hinzustellen. Das wäre in jeder Hinsicht ein sehr zweischneidiger Versuch. Einmal ist er nach meiner Meinung gar nicht geistesschwach — und dann, wenn er dafür vom Gericht erklärt würde, müßte man ihn auf Lebensdauer als gemeingefährlichen Irren unterbringen, in eine Anstalt stecken."

„Entsetzlich, Herr Doktor, wenn er so wegen des anderen für sein ganzes Leben zum Blödsinnigen gemacht würde. Ist denn das Ganze nicht so zu erklären, daß ihm eben dieser andere noch über sein Grab hinaus den Willen gestohlen hat, daß er unter dem Eindruck der moralischen Knechtung, in der er immer gestanden, auch jetzt noch gerade wie hypnotisiert denkt und handelt, ein armseliges und bedauernswertes Opfer dessen, den er erschlagen hat?"

„Das ist ein sehr beachtenswerter Erklärungsversuch. Ich schäme mich nicht, Fräulein Gretchen, ihn mir anzueignen. Ja, ja, man kommt vielleicht damit der Wahrheit näher als mit irgend etwas anderem. Ich habe mich nicht gescheut, schließlich, wie ich sah, daß er auf gar nichts reagierte, das Wort „Mord" zu nennen, wie es in der Anklage steht. Ich habe ihm auch gesagt, was das Gesetz darunter versteht — die mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführte Tötung eines anderen — und daß das Gesetz dafür das Leben des Täters fordert."

„Und er hat sein Leben mit keinem Wort dagegen verteidigt?"

„Nicht mit einer Silbe. Er hat mich nur verständnislos angesehen und geseufzt: „Wenn ich nur meinen Karl wieder hätte. Dann wäre gleich alles anders!" Eine seltsame Tragik, daß er in dieser höchsten Not gewissermaßen die Hilfe dessen anruft, an dem er selbst die Tat begangen hat, die ihn in die schlimmste Not bringt. Es ist wirklich so, daß alle seine Gedanken auch heute noch dem andern gehören und für ihn selber nichts mehr übrig geblieben ist. Ich werde vor den Geschworenen ganz allein stehen und der Mitwirkung dessen beraubt sein, für den ich kämpfen soll — im Gegenteil, er wird mir vielleicht darin von allen das größte Hindernis sein."

„So wirkt der Fluch des Egoismus seines Freundes noch über das Grab hinaus und richtet ihn vollends zugrunde, wenn nicht das Schicksal gerechter ist als die Natur," sagte Gretchen und zog aus dem Gehörten ihre Folgerungen für das, was in ihr selber vorging.

Dr. Weiß betrat mit ihr das Haus ihres Vaters, weil er diesem, wie versprochen, einen kurzen Bericht über das erste Zusammentreffen mit seinem Klienten erstatten wollte.

Dort ging es heute weit lebhafter zu, als man es sonst in dem stillen Geschäftshause gewohnt war, wo nach der Art des großkaufmännischen Betriebes kaum von einem unmittelbaren Kundenverkehr gesprochen werden konnte.

Unruhige und aufgeregte Menschen füllten den ganzen Korridor und drängten in das Kassenzimmer, in dem der Chef selbst tätig war und auszahlte.

„Gut, daß du kommst," sagte er und trat mit den beiden aus seinem Arbeitsraum heraus. „Ich habe alle Hände voll zu tun."

(Fortsetzung folgt.)

Ministerialrat Schneider freigesprochen.

§ Köln, 11. Juli.

Nach einem Prozeß, der drei Tage lang vor einem eigens dazu gebildeten englischen Sondergericht hier verhandelt wurde, wurde der Ministerialrat Schneider von der Kölner Regierung, der angeklagt war, sich an der Fälschung von Regiefranken beteiligt zu haben, freigesprochen.

Ministerialrat Schneider sollte die ihm zur Last gelegten Straftaten in Verbindung mit mehreren zurzeit in englischer Haft sitzenden Personen begangen und sich auch an der Verbreitung von Flug- und Druckschriften, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet gefährdeten, beteiligt haben. Der Prozeß ergab in allen Punkten die Unschuld Schneiders. Er hatte sich der genannten Personen bedient, um Nachrichten über die Separatistenbewegung zu erhalten, deren Bekämpfung durchaus legal war, da ja die Besatzungsbehörden selbst erklärt hatten, mit den Separatisten nichts zu tun zu haben. Die Fälschung von Regiefranken erklärte Schneider in seiner Vernehmung selbst für völlig sinnlos, um so mehr, als die preußische Regierung im Herbst vorigen Jahres auf eine von privater Seite an sie gerichtete Anfrage, ob man nicht den Regiebetrieb durch Inverkehrbringung falscher Regienoten stören könne, klar und unzweideutig erklärt habe, daß die Finanzhoheit ein so hohes Recht sei, daß daran unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe.

Kleine Nachrichten.

Kommerzienrat Bürenstein gestorben.

Berlin, 13. Juli. Der bekannte Zeitungsverleger Geh. Kommerzienrat Georg Bürenstein ist gestern abend nach schwerem Leiden im 67. Lebensjahre gestorben.

Flugzeugabsturz in Johannisthal.

Berlin, 13. Juli. Auf dem Flugplatz Johannisthal stürzte gestern abend ein Flugzeug aus etwa 30 Meter Höhe ab. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt.

Autounfall des Fürsten Bismarck.

Friedrichsruh, 13. Juli. Bei einer Fahrt auf der Landstraße geriet das Auto des Fürsten Bismarck in der Nähe von Börnsen in Brand und wurde gänzlich vernichtet. Der Fürst blieb unverletzt. Bei den Löscharbeiten wurde ein Koffer mit wertvollem Inhalt, darunter goldenen Schmucksachen und einer Geldmünze mit dem Bildnis Papst Leos XIII., gestohlen.

Hildenbrands Absetzung.

Stuttgart, 13. Juli. Das württembergische Staatsministerium teilt jetzt amtlich mit, daß es den Gesandten beim Reich, bei Preußen und bei Sachsen Hildenbrand in den Ruhestand versetzt und durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Stuttgart, Dr. Bosler, ersetzt habe. Der Personenwechsel wird mit der Erklärung begründet, daß die Besetzung des Gesandtenpostens mit einem steuerlich und juristisch vorgebildeten Fachmann dringend nötig erschien.

Ein deutsch-österreichischer Zusatzvertrag.

Prag, 13. Juli. Die zwischen der deutschen und österreichischen Regierung seit Ostern hier und in Wien geführten Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag sind gestern zum Abschluß gelangt. Dieser Zusatzvertrag zu dem früheren Wirtschaftsabkommen enthält eine Anzahl von Bindungen und Zollherabsetzungen im geltenden deutschen Zolltarif und im neuen österreichischen Zolltarif und ein Tierseuchenabkommen.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 13. Juli. Auf der Strecke Paris—Straßburg zwischen Châlons-sur-Marne und Vitry-les-François ist ein Personenzug in einen rangierenden Güterzug hineingefahren. Die Blätter melden 5 Tote und 15 Verwundete.

Aufstand in ganz Brasilien.

Newyork, 13. Juli. Nach hier und in Washington eingetroffenen Privatmeldungen hat die Meuterei, die in Sao Paulo ausbrach, jetzt den Umfang eines allgemeinen Aufruhrs in ganz Brasilien angenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Mitglieder des Jungdeutschen Ordens vor einem französischen Kriegsgericht. Vor dem französischen Kriegsgericht in Bonn fand eine Verhandlung gegen zwölf anwesende und eine große Anzahl abwesender früherer Mitglieder des Jungdeutschen Ordens statt. Die ursprüngliche Anklage wegen Komplotts gegen die Besatzungsarmee zum Zwecke der Gefangenenbefreiung war fallen gelassen worden und es wurde gegen die Angeklagten nur wegen Teilnahme an einem durch die Rheinlandkommission verbotenen Verein, wegen Abhaltung von Ordensversammlungen und wegen geheimer Tätigkeit gegen die Sicherheit der Besatzungsarmee verhandelt. Das Gericht erkannte gegen einen Angeklagten, den Referendar Schneider, auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und eine Geldstrafe von 2000 Mark. Die übrigen Angeklagten, darunter Direktor Heide, der frühere Großmeister des Jungdeutschen Ordens in Bonn, wurden zu Geldstrafen von 200 bis 500 Mark verurteilt. Die abwesenden Angeklagten erhielten die gesetzliche Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.

§ Das Cannstatter Eisenbahnunglück. Das große Eisenbahnunglück bei Cannstatt, bei dem zwölf Personen ums Leben kamen, hat jetzt seine Sühne gefunden. Die Strafkammer Stuttgart verurteilte den Reservelokomotivführer Abele, der das Unglück verschuldet hat, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung einer Stellung im Eisenbahndienst.

§ Was die Franzosen alles verbieten. Das französische Militärpolizeigericht in Wiesbaden nahm den Studenten Ludwig Becker, der in Darmstadt studiert und der Technischen Nothilfe angehört, in eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, weil er im besetzten Gebiet mit einer Mitgliedskarte der Technischen Nothilfe, die im besetzten Gebiet verboten ist, angetroffen wurde.

§ Drei Todesurteile. Das Schwurgericht in Essen verurteilte den 28jährigen Klempner Bruynseels und den 20jährigen Bergmann Bramber wegen Raubmordes an der Filialleiterin Anna Kau zum Tode. Das Schwurgericht Passau verurteilte den 28jährigen Landwirt Pfaffinger, der seinen Vater ermordet hatte, zum Tode.

§ Spione vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Handlungsgehilfen Dornes aus Lörrbach (Baden) und den Elektrotechniker Kremer aus Frankfurt a. M. wegen politischen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse an französische Agenten. Dornes erhielt 4 Jahre, Kremer 3 Jahre Zuchthaus.

§ Noch ein Schupoprozeß. Im Zusammenhang mit dem soeben beendigten Graff-Prozeß stand das Verfahren gegen den Oberstwachtmeister Christen, der angeklagt war, in der Voruntersuchung gegen die Mörder Graffs bei den eidlichen Vernehmungen einen falschen Eid geleistet zu haben. Die Verhandlung fand in Stettin vor demselben Gericht, das gegen Kaws und Genossen verhandelt hatte, statt. Christen wurde zu vier Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet; der Rest der Strafe wird unter der Bedingung, daß der Angeklagte 1000 Mark Geldbuße zahlt, mit Bewährungsfrist ausgesetzt. Der 47jährige Angeklagte, der aktiver Offizier war und im Kriege schwer verwundet wurde, ist Kommandeur der Schutzpolizei in Hamborn gewesen, als Graff erschossen wurde. Ihm sind durch seinen Adjutanten bestimmte Personalangaben über die Täter gemacht worden, aber beide hatten sich das Ehrenwort gegeben, mit niemand darüber zu sprechen, da sie unter keinen Umständen den Belgiern Deutsche verraten wollten. In seinen eidlichen Aussagen hat Oberstwachtmeister Christen bekundet, daß ihm die Täter nicht bekannt wären.

§ „Die deutschen Schweine". Der in Berlin ansässige Kaufmann Michael Offowetzki hatte einem Gerichtsvollzieher, der bei ihm wegen nicht bezahlter Gerichtskosten pfänden wollte, wutschnaubend zugerufen: „Ich bin bei den Chinesen und Hottentotten gewesen, aber nirgends herrscht solche Mißwirtschaft wie bei den deutschen Schweinen." Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Angeklagten, der sich durch eine Beschimpfung der Deutschen eines groben Mißbrauchs der Gastfreundschaft schuldig gemacht habe, zu der sehr milden Strafe von 500 Mark. Die Staatsanwaltschaft wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

§ Wie französische Kriegsgerichte urteilen. Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Studenten Werner Best von der Universität Gießen wegen Mitgliedschaft an der im besetzten Gebiet verbotenen Verbindung „Hochschulring deutscher Art" sowie wegen Einschmuggelung von zwölf Gummiknüppeln in das besetzte Gebiet zu 3 Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe.

§ Millionengeldstrafe für Steuerhinterziehung. Wegen sechs Vergehen der Luxussteuerhinterziehung wurde der Besitzer des Neckarhotels Heinrich Schneider in Heilbronn am Neckar zu 1595000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Börse und Handel.

* Die Berliner Devisenbörse blieb am Sonnabend, den 12. Juli, geschlossen, so daß amtliche Devisennotierungen nicht erfolgten.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, den 12. Juli. Auftrieb: 2764 Rinder (darunter 761 Bullen), 636 Ochsen, 1367 Kühe und Färsen, 1400 Kälber, 7407 Schafe, 8883 Schweine, 7 Ziegen, 21 Schweine aus dem Ausland. Preise: Ochsen a) 38—41, b) 32—35, c) 27—30, d) 23—26; Bullen a) 34—36, b) 30—33, c) 25—28; Kühe und Färsen a) —, b) 33—41, c) 27 bis 31, d) 20—25, e) 13—17; Fresser 23—27; Kälber a) —, b) 60—65, c) 50—55, d) 38—45, e) 30—38; Stallmastschafe a) 38 bis 45, b) 25—35, c) 15—20; Weidemastschafe 37—42; Schweine a) —, b) 59—60, c) 56—58, d) 54—56, e) 50—52, f) 48; Sauen 50—55; Ziegen 15—20. Marktverlauf: Bei Rindern, Schafen und Schweinen ruhig; bei Kälbern ziemlich glatt.

* Ergebnis der Lederenquete. Die auf Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in der Lederwirtschaft hat festgestellt, daß sich sowohl die Häute- wie auch die Lederpreise nicht unter, sondern über Friedenspreis bewegen, was bei der Beurteilung der Schuhpreise berücksichtigt werden muß.

* 80prozentige Erhöhung der Textilzölle? Der Reichswirtschaftsrat wird sich demnächst mit Zolländerungen befassen. Der vorliegende Entwurf sieht eine Erhöhung der Textilzölle um 80 % gegenüber den Sätzen des alten autonomen Zolltarifs vor, und zwar u. a. für folgende Zolltarifpositionen: Kunstseide, Seidenzwirn, Wollgarn, Wollgewebe, Baumwollwebgarn, Baumwollzwirn, Baumwollfilze, rohe Baumwollgewebe, Wirk- und Netzstoffe, Handschuhe, Strümpfe, Socken, Unterkleider aus Baumwolle, baumwollene Wirk- und Netzwaren, geschnittene oder abgepaßt gearbeitet, Leinen-, Hanf- und Jutegarn sowie dichte Gewebe aus diesen Spinnstoffen. Eine Erhöhung von 30 % wird vorgeschlagen für die festen Sätze für das Zwirnen und Ausrüsten der Garne und Gewebe. Die Zollerhöhungen sollen einen Ersatz für die noch bestehenden Einfuhrverbote darstellen.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	12. 7.	11. 7.		12. 7.	11. 7.
Weiz., märk.	150-156	144-149	Weizkl. f. Brl.	8,7	8,6
mittelb.	—	—	Roggkl. f. Brl.	9,1-9,2	8,9
Rogg., märk.	134-142	131-140	Raps	230-240	230
pommerscher	—	—	Leinsaat	310	310
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	19-20	19-20
Futtergerste	136-145	131-140	kl. Speiseerbs.	13-15	13-15
Braugerste	146-158	143-155	Futtererbsen	12-13	12-13
Hafer, märk.	131-142	128-139	Peluschken	12-13	12-13
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	12-13	12-13
westpreuß.	—	—	Wicken	13-14	13-14
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. f. Not.)	22-24,7	21,5-24	Lupin., blaue	9-10	9-10
			Lupin., gelbe	14-16	14-16
			Seradella	—	—
			Rapskuchen	9,8-10	9,8-10
			Leinkuchen	18-19	18-19
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Verl. brutto inkl. Sack	20-22,5	19,5-22	Trockenschnz.	7,8	7,8
			vw. Zuckschn.	17-17,5	16,5-17
			Torfmk. 30/70	—	—
			Kartoffelfl.	19,5-20	19,5-20

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Turnverein Kierspe e. V.

Gen.-Versammlung

am Samstag, 19. Juli 1924 Abends 8 Uhr im Vereinslokal

Tagesordnung:
1. Festangelegenheiten
2. Beitrag Erhöhung
3. Verschiedenes

Um allseitiges pünktliches Erscheinen der Mitglieder bittet dringend

der Vorstand.

Damen- und Herren-
-Konfektion
auf
Teilzahlung
Warenhaus
Schiffeliers
Hagen,
Elberfelderstrasse 96.
Eingang
Möbelgeschäft.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage
Futtermittel
zum billigsten Tagespreise dauernd abzugeben
Wilh. Becker,
Schnörrenbach

Tanz-Schule.



Am Montag, den 21 Juli beginnend, eröffne ich im Lokale des Herrn Krefting, Grünenbaum, und am Dienstag, den 22. Juli im Lokale des Herrn Neuhaus zu Neuenhaus bei Kierspe, je einen

Unterricht f. moderne Tänze.

Unterrichtsstunden: Grünenbaum, Montags und Donnerstags v. 5—7 u. 8—10 Uhr. Neuenhaus, Dienstags und Samstags v 5—7 u. 8—10 Uhr.
Unterrichtspreis: 15 Mk. Anzahlung 2 Mk.
Um rege Beteiligung ersucht ergebenst
Fritz Kattwinkel, Tanzlehrer.

Bekanntmachung — **Amt Kierspe.**

Die Hebeliste über die von den Handwerksbetrieben in der Gemeinde Kierspe für das Rechnungsjahr 1924 zu zahlenden Beiträgen zur Handwerkskammer liegt vom **17 ds. Mts. an 14 Tage lang** auf Zimmer 4 des Amtshauses **zur Einsicht der Handwerker offen.** Einsprüche sind spätestens 8 Tage nach der Auslegung der Liste bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Der Amtmann.

Wir schließen
ab 16. ds. Monats
unsere Zahlstelle in Halver
und teilen unserer Kundschaft mit, dass in Zukunft alle
Geschäfte von Gummersbach aus erledigt werden.
Gummersbach, den 12. Juli 1924.
Barmer-Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Gummersbach.

Reisekörbe
zu haben bei Wilh. Bell jr., Halver.

Mein
Schuhwaren-Sommer-Ausverkauf
beginnt am 10. Juli ds. Jrs.
Auf meine billigen Preise gewähre ich außerdem noch auf sämtliche Artikel
10-15% Rabatt
Schuh-Haus
Heinrich Steckel
Lüdenscheid, Wilhelmstr. 9. — Schalksmühle, gegenüber dem Bahnhof.



Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Ringfrei
Auto-Möbeltransporte. Ia Referenzen
Spedition, große Sammelläger für alle Güter. Transporte aller Art.
Westtrans
(Westdeutsche Transport Gesellschaft)
Hagen i. W. (am Odeon)
Dahlenkampstraße 4
1081 Fernsprecher 3954 und 4528.
Billigste Preisstellung.

Ich beabsichtige meine
Weide
meistbietend unter der Hand zu verkaufen.
Frau Wwe. Aschenberg,
Rönsahl.



Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder,
Schalksmühle.

Für Familienfeierlichkeiten usw. halte ich meinen
5 ltr. Siphon
mit Kohlensäure-Füllung bestens empfohlen.
Hôtel E. Bastian,
Kierspe-Bhf.

Rauch- u. Kau-
Tabak
Wiederverk. z. Fabrikpreise
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.